Der oberschlesische Wanderer

Gegründet 1828

Nr. 170
95. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Donnerstag, den 26. Juli 1923

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.

Preis: 1000 deutsche Mk., für poln. Oberschl. 1000 poln. Mk.

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der „Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. Bezugspreis monatlich in Deutsch-Oberschlesien 20 000 deutsche Mk., Polnisch-Oberschlesien 22 000 poln. Mk., im Voraus zahlbar frei Haus. Durch die Post bezogen 20 000 deutsche Mk. Betriebsstörung, hervorgeruf. d. höh. Gewalt, Streik u. der. Folgen begründ. kein. Anspruch auf Rückerstatt. d. Bezugspreises.

Die einspaltige mm-Zeile kostet in Poln.-Oberschl., für auswärtige und amtl. Anzeigen 1000 M. Reklame-mm-zeile 3000 M., in Deutsch-Oberschl. 700 M., Reklame-mm-zeile 2000 M., Angebots- und Auskunftsvermittelung 100 M. u. Porto. Beilagengebühr 2000 M. ∞. Bei gerichtl. Mitwirkung, bei Akkord. od. bei Konkurs fällt jed. Rabattbewilligung fort

Frankreich will Zeit gewinnen

Genf, 26. Juli 1923. Die Havasagentur meldet gestern Abend, daß die vorläufige Antwort Frankreichs nach London Anfang kommender Woche abgehen würde. Das Kabinett sei einmütig der Auffassung, daß die endgültige Antwort Frankreichs längere Zeit gebrauchen und eingehende Fachbesprechungen notwendig machen würde.

Der Reparationsbetrug

= Berlin, 25. Juli.

In seinen auch von den Pariser Machthabern angenommenen Friedensätzen vom November 1918 hatte Wilson die Forderungen nach Kriegsentschädigung auf den „Ersatz für allen der bürgerlichen Bevölkerung der Verbandsländer und ihrem Besitz durch deutsche Angriffe zugefügten Schaden" beschränkt.

Als die Waffenstillstandsbedingungen beraten wurden, beantragte Clemenceau den Zusatz von drei Worten: „Ersatz der Schäden". Die belgischen, italienischen und englischen Vertreter erhoben dagegen Bedenken, da es sich um eine Friedensbedingung handle. In Wirklichkeit gehörte die Entschädigungsfrage nicht zu den Waffenstillstandsbedingungen. Aber Clemenceau setzte sein Verlangen durch. Die drei Worte wurden als eine starke Aufmerksamkeit gegenüber Frankreich aufgenommen und sollten nichts entscheiden. Später aber folgerte man daraus in schroffem Widerspruch zu dem Wilsonschen Satz eine grundsätzliche Schadensersatzpflicht des besiegten Feindes, schob dem deutschen Reich die alleinige Kriegsschuld zu und beanspruchte Entschädigung für alle Sachschäden, Körperverletzungen und die Kriegskosten einzig und allein von Deutschland bis zur höchsten Grenze seiner Leistungsfähigkeit unter Ausschließung von Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei. Diese Forderung erhoben nicht nur die Clemenceau und Genossen. Auch Lloyd George erklärte es für rechtlich unanfechtbar, die Erstattung aller Kriegskosten zu verlangen.

Für die Pariser Machthaber war von Anfang an das Verlangen nach einer ungeheuren und unbedingten Kriegsentschädigung ein Hebel, um Deutschland unter Kontrolle zu stellen und bis zur Erschöpfung auszupressen, nicht zuletzt, um mindestens das linke Rheinufergebiet mit den Brückenköpfen auf unabsehbare Zeit besetzt halten zu können.

In seinem Buch „Europa am Abgrund" hat Nitti, der im Frühjahr 1919 als italienischer Ministerpräsident an den Friedensberatungen teilnahm, die leichtfertige und üble Auslegung der Kriegsentschädigung knapp und klar dargestellt. Vergebens hatte er bei den Friedensberatungen auf die „moralische Nichtswürdigkeit und den wirtschaftlichen Unsinn" der Reparationen hingewiesen. In seinem Buche nennt er die französische Reparationspolitik den „verabscheuungswürdigsten Betrug" in der neuzeitlichen Geschichte! Selbstverständlich ist nun in Paris über den aufrichtigen Italiener entrüstet, erklärt ihn für einen Demi-boche, ist aber außer Stande, seine Darlegungen zu entkräften. Nitti hält es für unverständig, ja für unmoralisch, große Zahlungen in Gold von Deutschland zu verlangen, und erinnert daran, daß nicht einmal Frankreich und Italien ihre Schulden an England und Amerika zurückzahlen können. Wenn schon die Sieger nicht in der Lage sind, ihre Auslandsschulden zu bezahlen, wie kann da der Besiegte unbedeutende Beträge aufbringen? Bei der bisherigen Behandlung der Entschädigungsfragen kann nach Nitti Deutschland nicht das geringste bezahlen, muß zusammenbrechen und wird im Sturz die Sieger mit sich reißen.

Italien und England

:- Rom, 25. Juli. In Kreisen, die der Consulta sehr nahestehen, wird gesagt, die englische Note mache einen außerordentlich ernsten Eindruck durch die Feierlichkeit ihrer Form. Es sei zweifellos, daß der englische Standpunkt sich den italienischen sehr genähert habe, obwohl noch immer in der Frage der Zusammengehörigkeit des Ruhrproblems mit dem der interalliierten Schulden einige Differenzen bestehen. Immerhin sei die italienische Regierung bereit alles zu tun, um dem englischen Schritt einen Erfolg zu sichern, denn die Ruhrfrage habe sich derart zugespitzt, daß ihre Lösung im Interesse der Welt unabweislich ist. Ob es mit diesem ersten Schritt schon gelingen werde ans Ziel zu kommen, bleibe dahingestellt, doch werde die Note ganz zweifellos die Wege zur Verständigung ebnen.

Der Reichsindex

:: Berlin, 26. Juli. Die Reichs-Indexziffer für die Lebenshaltungskosten stellt sich nach den Berechnungen des statistischen Amtes für den 23. Juli auf 88 336. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche beträgt somit 36,1%.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London

London, 25. Juli. Die Reuter-Agentur veröffentlicht folgende Information: Im Hinblick auf gewisse in der französischen Presse veröffentlichte Nachrichten glaubt die Reuteragentur zu wissen, daß die Haltung der britischen Regierung in der Frage der Sicherheiten Frankreichs immer eine sehr entgegenkommende gewesen ist und auch weiterhin sein werde. Die britische Regierung würde durchaus geneigt sein, jederzeit mit der französischen Regierung über diese Frage zu verhandeln und weitgehende Zugeständnisse zu machen, um den Bedürfnissen Frankreichs Rechnung zu tragen.

Nach Brüsseler Telegrammen, so schreibt das genannte Blatt weiter, enthalte der englische Antwort-Entwurf keine direkte Verurteilung des passiven Widerstandes, dessen Aufhören den Frieden im Ruhrgebiet bringen und Frankreich und Belgien in die Lage versetzen würde, auf Grund der Note vom 7. Juli mit Deutschland in Verhandlungen einzutreten. Infolgedessen sei es wahrscheinlich, daß die französische und belgische Regierung in ihrer Antwort an England [illegible] eine Reihe von Gegenvorschlägen niederlegen werden. Die Hauptmeinungsverschiedenheiten zwischen dem englischen Antwortentwurf und den französisch-belgischen Ansichten scheinen einem Mitarbeiter der Daily-Mail zufolge folgende Punkte zu sein:

1. Während Frankreich und Belgien der Ansicht sind, daß die Ruhrbesetzung gerechtfertigt und für die Sicherheit der alliierten Reparationsforderungen notwendig ist, scheint die englische Regierung an ihrem Entwurf diesem Standpunkt nicht beizutreten. Ferner benannte England nicht die Höhe der endgültigen Reparationsforderungen, deren Höhe [illegible] auf 6 Milliarden, 600 Millionen Pfund Sterling schätzt. Einem Untersuchungskomitee möchte Frankreich nur zustimmen, wenn es ein bedeutungsloses Instrument ist, das der Repko untergeordnet ist.

Der Weg ins Chaos

Ch. Berlin, 26. Juli. (Eig. Ber.) Die Beratungen im Reichskabinett über Maßnahmen gegen die Teuerung sind auch gestern noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Gewerkschaften zeigen große Ungeduld. Es wurden gestern sechs Vertreter zum Reichsminister des Innern mit einer Resolution gesandt, und er sie die Verantwortung für die kommenden ernsten Ereignisse ablehnen.

Berlin, 26. Juli. Die neuen dringlichen Vorstellungen der Gewerkschaften bei der Reichsregierung und die Zunahme der Teuerungsunruhen im Reiche hatten endlich zu „Erwägungen" im Reichskabinett geführt. Die gestrige Besprechung der Ressortchefs wurden am späten Abend auf heute vertagt, nachdem mehrere Vorschläge des Reichsernährungsministers nicht die erforderliche Zustimmung gefunden haben und zwar infolge der Bedenken des Reichsfinanzministers gegen eine weitere Finanzbelastung des Reichshaushaltes. Inzwischen geht die Steigerung aller Preise ins Wahnwitzige weiter. Während die Masse sich durchschlägt, wird im Staatshaushalt drauf losgewirtschaftet. Z. B. betragen die Diäten jedes Reichstagsabgeordneten für Juli 10 drei Viertel Millionen Mark, wie Brolath gestern Abend in der Sitzung der Betriebsräte Berlin-Norden mitteilte. Die Versammlung nahm einstimmig eine Protestentschließung an den Reichskanzler und Reichsfinanzminister an, in der sie diese Anwesenheitsentschädigung für Ausübung eines staatsbürgerlichen Ehrenamtes als überflüssige Vergeudung von Staatsgeldern und als Herausforderung der werktätigen Bevölkerung bezeichnete, die noch nicht einmal den dritten Teil dieser Monatsbezüge zum Lebensunterhalt zur Verfügung habe. Die Versammlung beschloß ferner „jede weitere Erhöhung der Bezüge der Gesetzgeber" durch Anschläge in den Fabriken den Arbeitern zur Nacheiferung und zur politischen Belehrung zur Kenntnis zu bringen. Der kommende Sonntag dürfte nicht ohne Zwischenfälle ablaufen. Die „Rote Fahne" fordert die Arbeiterschaft heute auf, am Sonntag auch dann durch den Berliner Westen nach Potsdam zu marschieren, wenn Herr Severing zu Machtmitteln gegen den Umzug schreiten sollte. In Potsdam verstärkt sich unter dem Eindruck der letzten blutigen Ereignisse in Frankfurt und Breslau die Befürchtung vor einem „blutigen Sonntag" allgemein. Auch aus Spandau und Werder wurden die sozialisch-kommunistischen Hundertschaften für Sonntag nach Potsdam beordert.

Belgische Rückfragen in London

-l- Rotterdam, 26. Juli. Der Courant meldet aus London: Am Dienstag früh wurde Baldwin im Unterhause nach der Ablehnung des Abrüstungsantrags der Arbeiterpartei von Simons gefragt, wenn die englische Antwort nach Deutschland abgingge, dessen Währungszusammenbruch infolge der Verzögerung der Ruhrfrage täglich erfolgen könne. Baldwin erwiderte, der Ernst der Lage in Deutschland sei der Regierung bekannt, einen Termin für den Abgang der Antwort an Deutschland könne er nicht angeben, da eine alliierte Macht inzwischen eine Reihe bedeutsamer Rückfragen in London gestellt habe. (Diese Macht ist Belgien. Red.)

Lloyd Georges Regierungskritik

-:- Rotterdam, 26. Juli. Laut der Daily Mail hat Lloyd George am Sonntag seine übliche politische Sonntagsrede in Birmingham gehalten. Lloyd George sprach von dem Untergang des Abendlandes, wenn der französische Standpunkt, nichts zu vergessen, die Politik der nächsten Jahre bestimmen würde. Als er Premierminister gewesen, hätte Frankreich das besetzte Frankfurt a. Main wieder räumen müssen, das gleiche müsse Baldwin jetzt gegenüber der Ruhrbesetzung herbeiführen. Der fünfjährige Krieg würde seinen Sinn verloren haben, wenn eine neue Militärmacht Europa zu beherrschen beginne.

Devisenzuteilung für den Lebensmittelgroßhandel

-:- Berlin, 25. Juli. Nach Mitteilungen aus dem Ruhrgebiet leidet die Lebensmittelversorgung besonders unter der mangelhaften Devisenzuteilung für den Lebensmittel-Großhandel. Zwischen den zuständigen Ressorts des Reiches und Preußen ist ein Uebereinkommen getroffen worden, wonach die Devisenzuteilung in den gefährdeten Gebieten sich in Zukunft günstiger gestalten soll.

Die neue Währung

Von unserem Berliner Vertreter.

Wenn offiziell in Deutschland die neue Währung auch noch nicht eingeführt ist, so hat sich in Handel, Industrie, Landwirtschaft, selbst im Privatleben doch bereits ein Wertmesser herausgebildet, der zwar mit der Papiermark bezahlt, aber nicht mehr mit Papiermark rechnet. Man gewöhnt sich deshalb so leicht an die vielen Nullen, weil man in allen Schichten und Kreisen bereits mit der Goldmark rechnet und es nicht mehr schwierig findet, wenn der kleinste Gegenstand mit Tausenden von Papiermark bezahlt werden muß. Freilich weiß die weite Oeffentlichkeit nicht recht, wie der Wertmesser angesetzt werden muß. Man ist oft im Zweifel, wie hoch die Goldmark zu bewerten ist und geht oft von falschen Voraussetzungen aus. Deshalb ist die Absicht, einer täglichen Goldmarktung zu veröffentlichen, durchaus zu begrüßen. Die Forderung geht immer mehr dahin, die Papiermark fallen zu lassen und wieder mit der alten Mark zu rechnen, der freilich die vielen Nullen der Papiermark nur als freilich unerheblichen Ballast anhängen. Die Regierung selbst hat durch große Erhöhung der Beamtengehälter den Weg zur Goldmark gewiesen. Und die Löhne werden sich doch allmählich allgemein der Goldmark anpassen, schon weil die Warenpreise die Goldrechnung als Grundlage haben. Schaut man heute auf den deutschen Markt so findet man nur wenige Dinge, die unter dem Goldmarkpreis liegen.

Dadurch, daß in Deutschland eine andere Rechnung eingesetzt hat, daß nichts mehr unter dem Weltmarktpreis zu haben ist, ist einmal die Sicherheit gegeben, daß ein Ausverkauf nicht mehr stattfinden kann, weil vor allem die schwachen Valutaländer niemals mit ihrer Währung der deutschen Goldmark folgen können. Selbst wenn z. B. die tschechische Krone jetzt 10 000 notiert, will das nichts sagen. Denn für eine Krone wird man nicht das in Deutschland erwerben können, was im Frieden eine Mark kostete, und was jetzt nach dem Friedenspreis in Papiermark umgerechnet wird.

Ob freilich mit der Umstellung, die sich in Deutschland vollzieht, die jetzt schon eine vollendete Tatsache ist, wirklich der Stein der Weisen gefunden wurde, bleibt dahingestellt. Die Gelehrten streiten sich darüber, ob wirklich diese Scheinwährung für die Dauer haltbar ist. Und da der Schaden namentlich für Handel und Industrie auf dem Auslandsmarkt sich immer empfindlicher zeigt, ist erklärlich, wenn er Plan weiter um sich greift, von der Regierung entschiedene Schritte zu fordern, die den unhaltbaren Zuständen ein Ende machen. Das deutsche Volk hat sich gewissermaßen jetzt ohne Regierung, ohne Reichsbank, ohne bestimmte Richtlinie seine Goldwährung geschaffen, indem es mit der Goldmark rechnet. Es will entweder eine amtliche Festlegung dieser neuen Währung oder entschiedene Maßnahmen, die zur Verbesserung der Mark führen müssen, so daß es nicht mehr nötig ist, sich auf die Goldmark zu versteifen. Aber die Regierung findet, wie es scheint, keinen Ausweg aus diesem Labyrinth, deshalb läßt sie die Dinge laufen und treibt sie sogar selbst vorwärts. Nach der Erhöhung der Beamtengehälter für Juli um 270 Prozent werden die Preise weiter steigen und niemand macht sich heute ein Gewissen daraus, sie sogar über den Goldmarkpreis zu treiben. Lehnt die Industrie sich heute auch noch gegen die wertbeständigen oder die Goldlöhne auf, es wird nicht lange dauern, dann werden die Arbeiter, die nach der Indexziffer gehen, mit ihren Löhnen doch soweit sein, daß sie die Goldbasis erreicht haben.

Nur wenige Kreise in Deutschland leben noch an der Papiermark, alte Leute, die freilich ein bejammernswertes Einkommen haben, Geschäftsleute, die selbst eine Ware besitzen, die entbehrt werden kann, und deshalb keine Steigerungen verträgt. Im großen und ganzen ist der Geist jetzt auf dem Wege, der die Papiermark fallen läßt, mit der Goldmark denkt und alle Goldforderungen verständlich findet, weil er selbst mit der Goldbasis zu kalkulieren pflegt.

Die Zusammenkunft in Sinaija

M Prag, 25. Juli. Außenminister Dr. Benesch reist morgen auf dem kürzesten Wege nach Sinaija zur Konferenz der kleinen Entente ab. Wie aus Belgrad gemeldet wird, reist der Süd-Slavische Außenminister Nintschitsch mit seinem Kabinetts-Chef ebenfalls morgen über Bukarest nach Sinaija.